



Detailansicht des Registereintrags

Zentralrat der Konfessionsfreien

Aktuell seit 01.07.2026 10:51:50

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002762
Ersteintrag:	03.03.2022
Letzte Änderung:	01.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Pariser Platz 6a 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +491603090309 E-Mail-Adressen: info@konfessionsfrei.de Webseiten: http://konfessionsfrei.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

220.001 bis 230.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,21

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Philipp Möller**

Funktion: Vorstandsvorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):**1. Michael Wladarsch****2. Rainer Rosenzweig****3. Ulla Bonnekoh****4. Tanja Reitmeier****5. Philipp Möller****Gesamtzahl der Mitglieder:**

18 Mitglieder am 30.12.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):

1. Humanistischer Pressedienst hpd e.V.
2. Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung
3. Leadership Berlin e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (41):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik; Menschenrechte; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen"; Hochschulbildung; Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Parlamentarisches Verfahren; Rechtsstellung der Abgeordneten; EU-Gesetzgebung; Diversitätspolitik; Familienpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Religion/Weltanschauung; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Arzneimittel; Pflege; Extremismusbekämpfung; Opferschutz; Terrorismusbekämpfung; Kultur; Internetpolitik; Meinungs- und Pressefreiheit; Asyl und Flüchtlingsschutz; Integration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Politisches Leben, Parteien; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Strafrecht; Grundsicherung; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Staatsorganisation; Verwaltungstransparenz/Open Government; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Tierschutz; Bundeswehrangelegenheiten; Verbraucherschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie; säkulare Kultur- und Rechtspolitik

Die Interessenvertretung wird in eigenem Interesse sowie im Auftrag Dritter sowohl selbst als auch durch die Beauftragung weiterer Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

aktive Vertretung der Rechte und Interessen konfessionsfreier Menschen, Kontakt zu Abgeordneten und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie sonstigen politischen Personen und Institutionen, Öffentlichkeitsarbeit

Konkrete Regelungsvorhaben (8)

1. Entkriminalisierung / weltanschaulich neutrale Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs

Beschreibung:

Wir setzen uns für die ersatzlose Streichung des § 218 StGB ein. Bei einer gesetzlichen Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs fordern wir weltanschauliche Neutralität, damit ungewollt Schwangere nicht länger durch den Staat gezwungen werden, sich religiös bzw. weltanschaulich beeinflussten Normen zu unterwerfen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11530 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Bericht der Kommission zur Reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin (Kurzbericht)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Religion/Weltanschauung [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406250055 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. Ablösung der historischen Staatsleistungen an die Kirchen

Beschreibung:

Wir setzen uns für den Verfassungsauftrag von 1919 ein, nach dem die historischen Staatsleistungen an die Kirchen abgelöst werden sollen (Art 138 WRV / Art. 140 GG). Unser

Ziel ist es, die Ablösesumme im Interesse vor allem der konfessionsfreien Steuerzahler: innen tatsächlich nur auf die im o.g. Artikel erwähnten Staatsleistungen zu beschränken. Das Institut für Weltanschauungsrecht hat dafür eine Ablösesumme iHv. ca. 120 Mio. € errechnet. Wir wollen verhindern, dass die geplante Berechnung der Ablösesumme auf Basis der heute geleisteten jährlichen Zahlungen iHv. ca. 600 Mio. € stattfindet; so müssten die Ländern min. 11 Mrd. € zahlen. Zudem fordern wir Transparenz bei den Verhandlungen, da sowohl die Staatsleistungen als auch deren Ablösung aus allgemeinen Steuermitteln gezahlt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Religion/Weltanschauung [alle RV hierzu]; säkulare Kultur- und Rechtspolitik

3. Anwendung des allgemeinen Arbeitsrecht auch auf Betriebe in kirchlicher Trägerschaft

Beschreibung:

Wir setzen uns dafür ein, dass auch die ca. 1,8 Mio. Beschäftigten der Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft durch das allgemeine Arbeitsrecht vor Diskriminierung geschützt werden. Entsprechend fordern wir eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes (insbes. § 118, Abs. 2) und des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (insbes. § 9). Arbeitsrechtsrechtliche Regelungen der Kirchen sind nicht anzuerkennen, da auch Religionsgemeinschaften laut Artikel 140 GG „innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes“ agieren müssen.

Betroffenes geltendes Recht:

BetrVG [alle RV hierzu]; AGG [alle RV hierzu]; GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Religion/Weltanschauung [alle RV hierzu]; säkulare Kultur- und Rechtspolitik

4. Ersatzlose Streichung des § 166 StGB

Beschreibung:

Wir setzen uns für die ersatzlose Streichung des § 166 StGB ein.

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Religion/Weltanschauung [alle RV hierzu]; säkulare Kultur- und Rechtspolitik

5. Die Kirchensteuer soll nicht länger in voller Höhe als Sonderausgabe geltend gemacht werden dürfen

Beschreibung:

Wir setzen uns für die ersatzlose Streichung des § 10 Abs. 1 Nr. 4 des Einkommenssteuergesetzes (EStG) ein, so dass die Kirchensteuer lediglich im Rahmen des Sonderausgabenpauschbetrags absetzbar ist.

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Religion/Weltanschauung [alle RV hierzu]; säkulare Kultur- und Rechtspolitik

6. Finanzämter vom Einzug der Kirchensteuer befreien

Beschreibung:

Wir setzen uns dafür ein, dass die Religionsgemeinschaften den Einzug der Steuern selbst durchführen.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Religion/Weltanschauung [alle RV hierzu]; säkulare Kultur- und Rechtspolitik

7. Suizidhilfe weiterhin ermöglichen

Beschreibung:

Wir setzen uns dafür ein, dass das Grundrecht auf Suizidhilfe (auch: „Sterbehilfe“ oder „Freitodbegleitung“) nicht erneut durch den Gesetzgeber kriminalisiert oder eingeschränkt wird, nachdem das Bundesverfassungsgericht den § 217 StGB im Februar als nichtig erklärt und aus dem Strafgesetzbuch gestrichen hat.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/904 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Hilfe zur Selbsttötung und zur Sicherstellung der Freiverantwortlichkeit der Entscheidung zur Selbsttötung

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/2332 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Suizidhilfe

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/2293 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des Rechts auf selbstbestimmtes Sterben und zur Änderung weiterer Gesetze

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Menschenrechte [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Religion/Weltanschauung [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]; säkulare Kultur- und Rechtspolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406250058 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

8. Lobbyregistergesetz auch auf Religionsgemeinschaften ausweiten

Beschreibung:

Wir setzen uns für die ersatzlose Streichung des § 2 Absatz 2 Nr. 12 Lobbyregistergesetz (LobbyRG) ein, nach dem Kirchen sowie andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften von der Registrierungspflicht des Lobbyregisters ausgenommen sind.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/7346 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lobbyregistergesetzes

Betroffenes geltendes Recht:

LobbyRG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Religion/Weltanschauung [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; säkulare Kultur- und Rechtspolitik

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

210.001 bis 220.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. Giordano Bruno Stiftung

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

Gegenfinanzierung des Gehaltes unseres hauptamtlich Angestellten
Projektfinanzierung

2. Intersero GmbH

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Aufbauhilfe für Lobbyarbeit
Projektfinanzierung Parlamentarischer Abend

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

10.001 bis 20.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[166271-JA-2025.pdf](#)